



Niederschrift

28. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 11.05.2021 |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 21:10/21:10 Uhr |
| Ort, Raum: | Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam |

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

| | | |
|---------------------------------|-----|-----------------|
| Herr Dr. phil. Wieland Niekisch | CDU | Sitzungsleitung |
|---------------------------------|-----|-----------------|

Ausschussmitglieder

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| Frau Saskia Hüneke | Bündnis 90/Die Grünen |
| Frau Anja Heigl | DIE aNDERE |
| Herr Pete Heuer | SPD |
| Frau Babette Reimers | SPD |
| Herr Dr. Gert Zöllner | Bündnis 90/Die Grünen |
| Herr Ralf Jäkel | DIE LINKE |
| Herr Chaled-Uwe Said | AfD |

zusätzliches Mitglied

| | |
|----------------------|---------------|
| Herr Wolfhard Kirsch | Bürgerbündnis |
|----------------------|---------------|

stellv. Ausschussmitglieder

| | | |
|--------------------|-----------|---------------|
| Herr Sascha Krämer | DIE LINKE | bis 20.05 Uhr |
|--------------------|-----------|---------------|

sachkundige Einwohner

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Herr Ken Gericke | Bündnis 90/Die Grünen |
| Herr Horst Heinzl | BürgerBündnis |
| Herr Stefan Matz | DIE LINKE |
| Herr Werner Pahnhenrich | CDU |
| Herr Steffen Pfrogner | DIE aNDERE |
| Herr Marcel Schulz | SPD |

Vertreter der Beiräte

Herr Michael Mehlmann Beirat für Menschen
mit Behinderung

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther DIE LINKE entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Tom Seefeldt Freie Demokraten entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Dr. Ursula Zufelde Seniorenbeirat entschuldigt

Vertreter der Bewegung Fridays for Future

Herr Nico Grützke entschuldigt

Gäste

| | |
|-----------------------------------|---|
| Frau Holtkamp | Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP4.4, 4.6, 5.1 |
| Herr Frerichs | Bereich Wirtschaftsförderung zu TOP 4.7 und 7.2 |
| Herr Schmäh | Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen zu TOP 4.1 |
| Herr Schenke | Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur zu TOP 7.1 |
| Frau Brunne | Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.5 |
| Herr Trempler | Kleingartenverein „Bergauf“ e.V.– Rederecht zu TOP 7.1 |
| Frau Walter Streitz/Herr Neubarth | Vertreter:in des inhabergeführten Einzelhandels in der Potsdamer Innenstadt zu TOP 7.2 |

Schriftführer/in:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.04.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich
der Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung 5. Mai 2021)
- 4.1 Begrünung / Aufwertung zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag
 - 4.1.1 Berichterstattung zur Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen
Lustgarten, Marstall und Landtag
(gem. Drucksache 19/SVV/0747)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
 - 4.1.2 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens
und des Platzes vor dem Filmmuseum
Vorlage: 20/SVV/1139
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
- 4.2 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern
Vorlage: 20/SVV/0938
Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
- 4.3 Uferweg Griebnitzsee, Ergebnisse des OVG-Urteils und Inhalte dessen
rechtlicher Beurteilung
Vorlage: 21SVV/0430
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)
- 4.4 Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 21/SVV/0424
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 4.5 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring", Abwägungs- und
Satzungsbeschluss sowie Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 21/SVV/0426
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 4.6 Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chaussee / Am Kanal"
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung (26/21)
Vorlage: 21/SVV/0477
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 4.7 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe 2030 (STEK-G 2030)
Vorlage: 21/SVV/0470
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 5 Informationen zu Planverfahren
 - 5.1 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), 1. Änderung,

Teilbereich Am Marie-Curie-Ring und Flächennutzungsplan-Änderung "Nördlich
In der Feldmark" (10/17), Votum zur Auslegung
Vorlage: SBWL 21/02
Fachbereich Stadtplanung

- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Informationen/Verständigung zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern
 - 7.1 Durchgangsverkehr Straße Am Pflingstberg
 - 7.2 Verständigung zur Situation des inhabergeführten Einzelhandels
 - 7.3 Festlegung des Sitzungsortes (Digital)
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.04.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 13.04.2021 gibt es keine Hinweise oder Ergänzungen. Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende über folgende Vorschläge:

- TOP 4.3 ist nicht in den SBWL-Ausschuss überwiesen worden, kann jedoch im Zusammenhang mit dem TOP 4.4 behandelt werden.
- TOP 4.4 wird heute in 1. Lesung behandelt, die 2. Lesung ist für den 8.6.21 vorgesehen

- TOP 4.7 wird ebenfalls heute in 1. Lesung behandelt, die 2. Lesung erfolgt nach den Behandlungen in den Ortsbeiräten am 25.05.21

Anträge auf Rederecht liegen zu folgenden Tagesordnungspunkten vor:

- Zum TOP 7.1 von Herrn Peter Trempler (Kleingartenverein „Bergauf“ e.V.) sowie von Herrn Udo Weberchen (Kleingartenverein „Pfungstberg“ e.V.)
- Zum TOP 7.2 von Herrn Neubarth (Netzwerk ICI Potsdam) sowie von Frau Walter-Streitz (JoJo Trekkingladen).

Es erfolgt jeweils getrennt die Abstimmung der Anträge auf Rederecht, welche beide einstimmig bestätigt werden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 vorzuziehen und nach dem TOP 3 zu behandeln, um die Gäste nicht bis zum Ende der Sitzung warten zu lassen.

Zu diesem Vorschlag erfolgt kein Widerspruch. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Die Vorstellung der Bauvorhaben ist erfolgt.

zu 7.1 Durchgangsverkehr Straße Am Pfingstberg

Die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 werden vorgezogen – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

Herrn Peter Trempler (stellvertretender Vorsitzender des Kleingartenvereins „Bergauf“ e.V.) nimmt das Rederecht für seinen Verein als auch den Kleingartenverein „Pfungstberg“ e.V. wahr. Er informiert, dass das Verkehrsaufkommen auf der Straße Am Pfingstberg sehr hoch sei und ein großes Problem für die Kleingartennutzer darstelle, da sich die Eingangstüren direkt an der Straße befinden. Ein ungefährdetes Verlassen der Gärten sei schwierig. Zudem macht Herr Trempler aufmerksam, dass sich sowohl die Straße als auch die Kleingärten im Weltkulturerbe befinden. Die Kleingartenanlagen stehen auch für Touristenbesuche offen. Eine Lösung des Problems sei dringend erforderlich.

Ergänzend informiert Herr Trempler über einen durchgeführten Vor-Ort-Termin am 15.4.21, an welchem Vertreter der CDU-Fraktion, der Kleingartenvereine und Herrn Schenke (Verwaltungsmitarbeiter) teilgenommen haben. Dabei sei es für alle erlebbar gewesen, wie viele Fahrzeuge mit welchen Geschwindigkeiten die Straße Am Pfingstberg passieren.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) bestätigt, dass es auf der Straße Am Pfingstberg keine separaten Gehwege gebe und es sich um eine schmale asphaltierte Straße handelt. Er macht aufmerksam, dass ein Schleichverkehrsvermeidungskonzept noch in Arbeit sei. Um Maßnahmen einleiten zu können, sei eine belastbare Verkehrserhebung erforderlich. Es gebe verschiedene Möglichkeiten zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs, wie das Setzen von Pollern oder als Teilvariante das Ausweisen als Einbahnstraße. Für das Setzen von Pollern wäre ein Teileinziehungsverfahren erforderlich, welches im Ergebnis gerichtsfest sein müsse. Dazu sind verschiedene Abstimmungen erforderlich, um möglichst ein Einvernehmen zu erreichen.

Herr Schenke unterbreitet den Vorschlag im Oktober 2021 über die Ergebnisse zu berichten.

Frau Reimers begrüßt, dass die Stadt hier tätig werden will. Die Vermeidung von Schleichverkehren sei sinnvoll. Sie bittet jedoch dabei auch die Gastronomie vor Ort zu berücksichtigen.

zu 7.2 Verständigung zur Situation des inhabergeführten Einzelhandels

Frau Walter-Streitz (JoJo Trekkingladen) nimmt das Rederecht wahr und informiert über die schwierige Situation für sie als Geschäftsführerin der JoJo Reise- und Trekkingsladen GmbH und alle anderen Inhaber:innen. Ihre Ausführungen stellt sie als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung. Insbesondere macht Frau Walter-Streitz aufmerksam, dass die geringen Rücklagen seit Wochen aufgebraucht sind, man unverschuldet vor dem Aus stehe und die ständigen Wechsel der Gesetzes- und Richtlinienänderungen, Verordnungen etc. zum Verzweifeln führen würden. Auch das Agieren der Ordnungsamtsmitarbeiter sei oft nicht nachvollziehbar.

Frau Walter-Streitz bittet um überlegte, vernünftige, nachvollziehbare Maßnahmen für und nicht gegen das „Überleben“ der Händler in Potsdam. So sollte beispielsweise ein entsprechend der Inzidenz möglicher Termineinkauf nicht noch zusätzlich mit der Belastung eines Testnachweises erschwert werden. Die Schulung der Mitarbeiter des Ordnungsamtes sei erforderlich, um die Auslegungsrichtlinien und –möglichkeiten von Anordnungen entsprechend umzusetzen. Die Interpretation sollte im Abgleich mit den Einzelhändlern erfolgen. Eine erfolgreiche Umsetzung sei nur in einem Miteinander zielführend.

Herr Eike Neubarth (Bierlese, ici) unterstützt die Ausführungen der Vorrednerin. Die Resignation aufgrund fehlender Impulse sei spürbar. Man sei sich bewusst, dass die Vorgaben von Bund und Land kommen, jedoch wären Änderungen in der Umsetzung hilfreich. Dazu sei eine rechtzeitige und unmittelbare Einbindung der betroffenen Unternehmen und deren Vertreterverbände dringend erforderlich. Die rechtzeitige Aufklärung der „Betroffenen“ Einzelhandel und Kunden sollten mindestens 3 Arbeitstage im Voraus erfolgen. Ein übersichtliches Publizieren und Einbinden der Änderungen auf der Informationsseite der Stadt Potsdam sei notwendig. Die existenzielle Not bestehe und das Empfinden von Ungerechtigkeit sei stark. Herr Neubarth bittet die Händler und Gastronomen ernst zu nehmen und ein Plenum zu bilden, das sich gemeinsam Gedanken macht.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) verweist auf den sogenannten Arbeitskreis Innenstadt, in welchem alle Händlervertretungen drin sind. In der am vergangenen Dienstag durchgeführten Videokonferenz wurde der einhellige Wunsch deutlich, klare Regelungen zur Selbstorientierung als auch zur Vermittlung zu schaffen. Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist jedoch nicht diejenige, die diese Regeln aufstellt. Die LHP ist verpflichtet, die Vorgaben von Bund und Land umzusetzen. Der Wunsch nach einer rechtzeitigeren Information (mindestens 3 Arbeitstage) ist verständlich, kann jedoch nicht von der LHP umgesetzt werden, wenn sie über die sogenannte Eindämmungsverordnung am Freitag erfährt, die am Montag darauf gelten soll. Herr Frerichs ergänzt, dass sich die LHP um die tagesaktuelle Darstellung bemüht. Er bestätigt, dass die Situation aufgrund der ständig neuen Regelungen außerordentlich schwierig sei. Die LHP wird anbieten, die Zusammenkünfte des Arbeitskreises Innenstadt, welche während der Pandemie nicht erfolgt sind, wieder quartalsweise anzubieten. Dabei werden die wichtigen Themen abgefragt und in einer Agenda zusammengestellt.

Herr Said begrüßt, dass die Thematik hier im Ausschuss besprochen wird und verweist auf verschiedene Anträge, die seine Fraktion bereits in dieser Richtung gestellt habe, jedoch in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt wurden. Er empfiehlt, sich mit den Fraktionen zusammenzusetzen, die diese abgelehnt haben.

Herr Kirsch bestätigt, dass auch für die Mitarbeiter des Ordnungsamtes Augenmaß erforderlich sei, um vorhandene Spielräume zu nutzen. Hier sei Sensibilität erforderlich.

Frau Hüneke erinnert an den Beschluss zum Onlinemarktplatz.

Frau Reimers bestätigt, dass die Probleme vielfältiger Natur sind und versucht werden müsse, auch Wege bis hin zu den Vermietern zu ebenen, um die potentielle Kundschaft zu halten.

Herr Heinzel betont, dass die Lösung der Probleme nur gemeinsam an einem Tisch möglich sei und die Existenzsicherung der Händler auch im Interesse der Potsdamer BürgerInnen sei.

Herr Pfrogner bestätigt die Hilflosigkeit im Umgang mit der Vielzahl von Verordnungen und spricht sich dafür aus, dies zum Thema des OBM zu machen, um Einfluss gegenüber seiner Partei und der Landesregierung zu nehmen.

Herr Rubelt berichtet, dass auch ein Vertreter der Wirtschaftsförderung im Verwaltungsstab sei. Zur Nachfrage von Frau Hüneke bekräftigt Herr Rubelt, dass bei der Einrichtung von Onlineplattformen die Stärkung des Präsenzhandels Vorrang haben müsse und nicht ausschließlich der Onlinehandel unterstützt werden darf. Mit Verweis auf „eBay - Deine Stadt Potsdam“ bestätigt Herr Rubelt noch einmal, dass im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit eBay auch eine

Evaluierung des Modells verabredet ist.

Herr Frerichs teilt mit, dass die Wirtschaftsförderung auch Gespräche mit Vermietern führen würden, jedoch handelt es sich dabei um Versuche der Einflussnahme, da es keine gesetzlichen Möglichkeiten gebe.

Frau Heigl regt, an die Problematik in den Krisenstab zu tragen und den Geschäftsbereich von Frau Meier zu informieren. Auch sollten Überlegungen erfolgen, ob die Maskenpflicht ggf. nur auf die Brandenburger Straße beschränkt werden solle, so dass beispielsweise Kunden, die sich Eis kaufen, dieses in absehbarer Nähe verzehren können. Frau Heigl bestätigt das Bemühen von Händlern und Gastronomen um die Einhaltung der Verordnungen, jedoch müsse es mehr Flexibilität bei den Ordnungsamtsmitarbeitern geben.

Herr Frerichs bestätigt, dass im Verwaltungsstab Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, des Ordnungsamtes und der Wirtschaftsförderung integriert sind, die sich regelmäßig abstimmen. Er macht aufmerksam, dass es auch Fälle gibt, in denen das Ordnungsamt gerufen und zum Handeln aufgefordert wird. Hier sei die Umsetzung von Flexibilität schwierig.

Herr Said führt aus, dass es Fälle gibt, in denen die LHP pro aktiver handeln kann und spricht hier die Messgeräte in den Schulen an. Durch den Oberbürgermeister müsse Kreativität in der Umsetzung gezeigt werden.

Der Ausschussvorsitzende dankt für den Informationsaustausch und richtet die Bitte an die Verwaltung, die Mitarbeiter des Ordnungsamtes so zu schulen, dass ein nachvollziehbares Handeln erkennbar ist.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich der Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung 5. Mai 2021)

zu 4.1 Begrünung / Aufwertung zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag

**zu 4.1.1 Berichterstattung zur Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag (gem. Drucksache 19/SVV/0747)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen**

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit Vertretern der LHP sowie den Ausschüssen SBWL und KUM (Klima, Umwelt und Mobilität).

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) greift den Hinweis auf den Ortstermin auf und erläutert anhand einer Grafik (Lustgarten Begrünungsmaßnahmen – wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) über die im Vor-Ort-Termin angesprochenen Denkvarianten. Einige der Maßnahmen, wie Pflanzmaßnahmen auf den vorhandenen drei Rasenfeldern, wären umsetzbar. Für weitere Maßnahmen wird jedoch eine entsprechende Planung benötigt, die jedoch im Haushalt finanziell nicht abgebildet und von daher unter den Finanzierungsvorbehalt zu stellen sind. Herr Schmäh ergänzt, dass bei der Planung eine Vielzahl von Ansprüchen zu berücksichtigen sind und verweist hier beispielsweise auf die Nutzung als Veranstaltungsplatz und für die Schausteller.

Herr Pfrogner erinnert an den Klimanotstandsbeschluss von vor 2 Jahren und erkundigt sich, ob das Pflanzen von Bäumen in Umsetzung des Beschlusses beschleunigt vorgenommen werden könne.

Frau Hüneke dankt für den durchgeführten Vor-Ort-Termin und hält es für nachvollziehbar, dass es eine Planung geben müsse. Grundsätzlich sollten die finanziellen Mittel für Bäume dort eingesetzt werden, wo eine Steigerung der Aufenthaltsqualität erreicht werden kann.

Herr Heuer erinnert an die Geschichte des Platzes und verweist darauf, dass es sich hier um das Ergebnis eines Wettbewerbs handelt, mit dem Nutzungskonzept als zentralen Festplatz. Das Wiederaufleben der Wasserschleieranlage würde Herr Heuer befürworten und bittet zu prüfen, ob eine Aktivierung der Installation möglich sei.

Herr Dr. Niekisch spricht sich für die Fortführung des Allee-Charakters aus. Vor allem vor dem Filmmuseum sei eine Ergänzung der Bäume sinnvoll.

Herr Schmäh bestätigt auf die Frage von Herrn Pfrogner, dass der Klimanotstandsbeschluss Grundlage dafür sei, solche Maßnahmen zu beschleunigen. Jedoch liege die Frage der Prioritätensetzung am Ende bei der Stadtverordnetenversammlung. Hinsichtlich der Bitte von Herrn Heuer verweist Herr Schmäh auf die technische Frage und das Problem des Vandalismus. Alle Maßnahmen bedürfen auch der Abstimmung mit der Denkmalpflege.

Herr Pfrogner berichtet aus einer Tagung der TU Berlin, dass auch kleine Maßnahmen wichtig sind, um der Bevölkerung zu zeigen, dass etwas getan wird.

zu 4.1.2 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum
Vorlage: 20/SVV/1139
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)

Herr Jäkel dankt für die Durchführung des Vor-Ort-Termines und die ihm übermittelten Unterlagen zum unterirdischen Raum. Der mit Datum vom 27.04.21 neu formulierte Antrag der Fraktion DIE LINKE als Handlungsauftrag sei mit dem Ziel erstellt worden, eine ökologische Verbesserung des Platzes vorzunehmen und stehe nicht im Widerspruch zu den Äußerungen von Herrn Schmäh.

Herr Jäkel bringt folgende neue Fassung ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende bei der gemeinsamen Ortsbesichtigung präzisierten Vorhaben für die Bepflanzung des Randbereiches des „Lustgartens“ und des Vorplatzes des Filmmuseums umzusetzen:

1. Die breite steinerne Einfassung der drei Rasenflächen vor dem Filmmuseum ist teilweise zurückzubauen. Dabei sind im Innern der Flächen parallel zur Breiten Straße je zwei Reihen Platten von ca. 1 m x 1m Größe zu entfernen und auf der Seite parallel zum Filmmuseum je eine Reihe Platten ca. 1 m x 1 m zu entfernen. Die vergrößerte freie Fläche ist mit Rasen und mit Blumenrabatten und ggf. kleinen Gehölzen anspruchsvoll und dauerhaft zu begrünen. Ergänzend sind vor dem Filmmuseum Bänke als Sitzgelegenheiten aufzustellen.
2. In der etwa dreieckigen versiegelten Fläche zwischen der Stadtwand des Mercure-Hotels, der Breiten Straße und der Behelfszufahrt zum Hotel quer zur Breiten Straße ist eine ausreichend große Fläche zu entsiegeln, für Baumpflanzung vorzubereiten und mit ein bis drei repräsentativen geeigneten Bäumen (z. B. Platane, Kastanie) zu bepflanzen.
3. Etwa in der Flucht der vorhandenen Blumenkübel parallel zur Breiten Straße am Rande des Lustgarten-Festplatzes ist die teilweise Entsiegelung und die Anlage von etwa drei Grünstreifen vorzubereiten. Die Grünstreifen mögen mit niedriger steinerner Einfassung vor Betreten geschützt werden. Diese sind geeignet zu bepflanzen. Zuvor ist in Abhängigkeit vom unterirdischen Bauraum die optimale Positionierung der Beete zu ermitteln und in Abstimmung mit dem Betreiber des Festplatzes und dem Schaustellerverband so zu optimieren, dass die Nutzbarkeit des Festplatzes im Wesentlichen gewahrt bleibt. Im Untergrund vorhandene Wasseranschlüsse sind dergestalt nutzbar zu machen, dass die Wässerung der Pflanzung im Sommer unkompliziert ermöglicht wird.
4. In der Schlossstrasse gegenüber der Spielbank ist der gegenüberliegende Gehweg mit der Pflanzung einiger geeigneter Bäume zu ergänzen.“

Die Umsetzung sollte schrittweise erfolgen. Für sachdienliche Ergänzungen ist der Antrag offen.

Herr Schmäh bestätigt, dass der Antrag kongruent sei und wirbt dafür, dass der Antrag zusätzlich mit einem Finanzierungsvorbehalt versehen wird.

Frau Reimers unterbreitet den Vorschlag zunächst das Architekturbüro, welches den Wettbewerb gewonnen hat, nach dessen Positionierung zu befragen.

Herr Dr. Niekisch spricht sich für die Aufnahme des Finanzierungsvorbehaltes und die Einbindung/Kontaktaufnahme mit dem Wettbewerbssieger aus.

Herr Pfrogner verweist auf das Architektenrecht und fragt nach dem Effekt einer Wegnahme der Betonumrandung und der Ansicht der Denkmalpflege.

Die vorgenannten Hinweise aufgreifend, übernimmt Herr Jäkel folgende Ergänzung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende bei der gemeinsamen Ortsbesichtigung präzisierten Vorhaben für die Bepflanzung des Randbereiches des „Lustgartens“ und des Vorplatzes des Filmmuseums **im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und unter Einbeziehung des damaligen Planungsbüros** umzusetzen:

Herr Dr. Zöller regt die zusätzliche Prüfung eines Lindenbuketts an.

Herr Kirsch bittet zu beachten, dass das Einbeziehen des Planungsbüros gleichbedeutend mit Beauftragung sei und Kosten nach sich ziehe. Besser sei die Formulierung zu befragen zu wählen.

Herr Jäkel schlägt vor, den Antrag nochmals zurückzustellen und gibt den Ausschusmitgliedern/Fraktionen und der Verwaltung die Gelegenheit, ihm ihre Vorschläge/Hilfestellung zur Formulierung bis spätestens 18.5.21 zu übermitteln.

Herr Schmäh teilt mit, dass man sich im Austausch mit den Architekten befinde und diese bereit sind, ihr Wissen und Engagement einzubringen, um das Vorhaben auf ein planerisch solides Fundament zu bringen.

Der Antrag wird bis zur Sitzung am 25.05.21 zurückgestellt.

zu 4.2 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern **Vorlage: 20/SVV/0938**

Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Herr Krämer dankt für den durchgeführten Vor-Ort-Termin, welcher zu einem lebhaften Austausch geführt hat. Mit dem Ziel der gestalterischen Verbesserung des Platzes hat die Fraktion DIE LINKE mit Datum vom 23.04.21 folgenden Änderungsantrag vorbereitet, welchen Herr Krämer einbringt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld sowie einer

Begrünung zu prüfen.

Des Weiteren sollen, so wie bei dem Vor-Ort-Termin vereinbart, folgende Aspekte geprüft werden.

- Zusätzlicher Wasser- und Stromanschluss
- Hitzeschutz/Beschattung für bestehende Sitzgelegenheiten
- Zusätzliche, geeignete Sitzgelegenheiten und Fahrradständer
- Hochbeete für urban gardening
- Entsiegelung einzelner Baumscheiben und deren Bepflanzung
- Wasserspender & Infotafeln

Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner:innen) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händler:innen zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im August 2021 zu berichten.“

Herr Schenke (Mobilität und technische Infrastruktur) bekräftigt die Ausführungen von Herrn Krämer. Dem Antrag könne gefolgt werden, jedoch mit einer Änderung in der Terminstellung von August auf September.

Herr Heinzel fragt, in wie weit die Betroffenen mit einbezogen worden sind und regt an, die Ideen aus dem Bürgerhaushalt mit aufzunehmen und das Budget anzupacken.

Herr Krämer verweist darauf, dass der Antragstext die Einbeziehung der Akteure vor Ort bereits beinhaltet.

Frau Reimers macht aufmerksam, dass bereits die Wiedereröffnung der Gastronomie am Ort zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität beitragen würde.

Herr Krämer übernimmt den Vorschlag zur Änderung der Terminstellung auf September.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der

Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld sowie einer Begrünung zu prüfen.

Des Weiteren sollen, so wie bei dem Vor-Ort-Termin vereinbart, folgende Aspekte geprüft werden.

- Zusätzlicher Wasser- und Stromanschluss
- Hitzeschutz/Beschattung für bestehende Sitzgelegenheiten
- Zusätzliche, geeignete Sitzgelegenheiten und Fahrradständer
- Hochbeete für urban gardening
- Entsiegelung einzelner Baumscheiden und deren Bepflanzung
- Wasserspender & Infotafeln

Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner:innen) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händler:innen zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im ~~August~~ **September** 2021 zu berichten.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen.

zu 4.3 Uferweg Griebnitzsee, Ergebnisse des OVG-Urteils und Inhalte dessen rechtlicher Beurteilung
Vorlage: 21SVV/0430
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass die Mitteilungsvorlage nicht in den SBWL-Ausschuss überwiesen worden ist, jedoch im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer" angesprochen wird.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) informiert, dass gegen den Bebauungsplan Nr. 125 "Griebnitzsee-Ufer" 20 Normenkontrollanträge von Grundstückseigentümern und Anliegern beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg gestellt und verhandelt wurden. Mit dem Urteil vom 11.12.2019 hat das OVG den Bebauungsplan für unwirksam erklärt. Die Nichtzulassungsbeschwerde der LHP über die Revision wurde vom Bundesverwaltungsgericht mit Beschluss vom 26.11.2020 zurückgewiesen.

Die Mitteilungsvorlage legt die relevanten Punkte der Urteilsbegründung des Oberverwaltungsgerichtes und deren rechtliche Würdigung durch einen von der Landeshauptstadt Potsdam beauftragten Rechtsgutachter als auch eine Bewertung im Hinblick auf Konsequenzen und die weitere Verfahrensweise dar. Vorgeschlagen wird ein erneutes Bebauungsplanverfahren, dessen Einleitung mit der Beschlussvorlage zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer" (siehe nachfolgender TOP) vorliegt.

Zusätzlich wird in der Anlage "Exkurs Umstegungen" die Prüfung des Baus von befristeten Umstegungslösungen im Griebnitzsee vorgenommen. Die Anlage trägt dem Prüfauftrag durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.02.2021 (DS 20/SVV/1138) Rechnung.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch hinsichtlich der Verwendung des Wortes Sperre teilt Frau Holtkamp mit, dass der Begriff der Sperrung nicht im rechtlichen Sinn gemeint war, sondern in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit, dass diese Fläche zurzeit nicht öffentlich zugänglich ist.

Herr Kirsch fragt, wer der von der Stadt beauftragte Gutachter und wo das Gutachten einsehbar sei.

Frau Holtkamp antwortet, dass das Gutachten durch den Bereich Recht beauftragt worden ist und die Akteneinsicht beantragt werden könne.
(Ergänzung im Nachgang der Sitzung: Name des Rechtsgutachters: Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt)

Herr Said äußert, dass er sich das Gutachten angesehen habe und im Punkt 2 benannte Punkte, wie Sicherheit für die Anwohner, Zäune höher, regelmäßige Kontrollgänge des Ordnungsamtes und bessere Beleuchtung eher für Brennpunkte in der LHP erforderlich wären.

zu 4.4 **Bebauungsplan Nr. 174 "Griebnitzsee-Ufer", Aufstellungsbeschluss**

Vorlage: 21/SVV/0424

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

1. Lesung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein. Die Verwaltung beabsichtigt zur Herstellung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen durchgängigen Uferweg und für die dauerhafte Erlebbarkeit der Uferzone des Griebnitzsees für die Allgemeinheit, den Bebauungsplan Nr. 174 „Griebnitzsee-Ufer“ aufzustellen.

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, zu überlegen, ob Herr Kirsch sich möglicherweise als Anwohner für befangen erklären solle.

Dies wird durch Herrn Kirsch verneint, da er weder aus dem Flächennutzungsplan noch aus dem Bebauungsplan Vorteile erlange.

Die Vorlage 21/SVV/0424 wird abschließend in der Sitzung am 8.6.21 behandelt.

zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldttring", Abwägungs- und Satzungsbeschluss sowie Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 21/SVV/0426
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Frau Brunne (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein. Sie informiert über den bisherigen Verlauf des Bauleitplanverfahrens. Die in der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Mai 2020 beschlossene Änderung des städtebaulichen Konzeptes führte zu einer Änderung der Grundzüge der Planung des Bebauungsplans, sodass eine erneute Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung durchgeführt werden musste. Über die Abwägung der hier eingegangenen Stellungnahmen soll in der aktuellen Beschlussvorlage entschieden werden.

Das Beteiligungsverfahren fand im Spätsommer 2020 statt. Auf Grund der hier eingegangenen Stellungnahmen wurde darüber hinaus im Oktober 2020 eine Betroffenenbeteiligung (den Investoren, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie dem Landesamt für Umwelt) durchgeführt. Die in den beiden letzten Verfahren eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und sind in die Planung und Abwägung eingeflossen. In der Zusammenschau der hier eingegangenen Stellungnahmen ergaben sich Änderungen in den Festsetzungen zum Lärmschutz sowie zur Farbgebung der Fassaden und Fassadenteile. Die Planzeichnung und die Begründung wurden redaktionell und klarstellend ergänzt, die Begründung darüber hinaus an die Sach- und Rechtslage angepasst.

Über die vorherigen Beteiligungsschritte wurde bereits in den vorangegangenen Stadtverordnetenversammlungen vom 06.12.2017 und 20.05.2020 entschieden. Diese Abwägungen wurden der Vorlage zur besseren Gesamtübersicht der Abwägungsentscheidung nochmals beigelegt.

Darüber hinaus wird der städtebauliche Vertrag zur Zustimmung vorgelegt. Wesentliche Regelungsinhalte sind z.B. die Herstellung von Erschließungsanlagen, Ausgleichsmaßnahmen, Regelungen zur Umsetzung des Baulandmodells sowie der Gestaltung von Freiflächen und denkmalgerechten Gestaltung baulicher Anlagen. Die umfangreichen Regelungsinhalte sind in der Kurzeinführung zur Beschlussvorlage dargestellt.

Auf die Anwendung des Potsdamer Baulandmodells, einschließlich dem Verfahren zur Angemessenheitsprüfung soziale Infrastruktur geht Frau Brunne ein.

Frau Heigl stellt den Geschäftsordnungsantrag heute nur eine 1. Lesung durchzuführen und die Vorlage auf die nächste Sitzung zurückzustellen. Sie berichtet, dass sie bereits am 16.2.21 den Antrag auf Akteneinsicht gestellt habe und diese erst vor kurzem stattgefunden hat.

Herr Heuer spricht dafür.

Herr Kirsch spricht dagegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Auf Rückfragen verschiedener Ausschussmitglieder zu Ausgleichsmaßnahmen, der geschützten Biotopfläche (Ausweisung als Hochwasserrisikogebiet) sowie zur Angemessenheitsprüfung geht Frau Brunne ein.

Die Vorlage 21/SVV/0426 wird bis zur Sitzung am 25.05.2021 zurückgestellt.

zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chaussee / Am Kanal"
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung (26/21)
Vorlage: 21/SVV/0477
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Die Vorlage wird von Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) anhand einer Präsentation eingebracht. Mit dem Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chaussee/Am Kanal" wird beabsichtigt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entstehung eines Zentraldepots für alle Archiv- und Depot-Bedarfe der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich entsprechender Erweiterungskapazitäten für diese Nutzungen zu schaffen, sowie zur Errichtung einer Außenstelle des städtischen Bauhofs.

Ein weiteres Ziel ist im Bereich östlich der geplanten städtischen Infrastruktur und nördlich der bestehenden Schiffsbauversuchsanstalt die planungsrechtliche Entwicklung der ungenutzten Brachflächen als kleinteilige Gewerbeflächen zu sichern. Die Schiffbauversuchsanstalt soll im Bestand planungsrechtlich gesichert werden, etwaige Erweiterungen sind nach Norden zum Kanal zu orientieren.

Im weiteren Aufstellungsverfahren sind insbesondere die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes und des Denkmalschutzes zu berücksichtigen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 175 "Marquardter Chaussee / Am Kanal" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen

zu 4.7 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe 2030 (STEK-G 2030)
Vorlage: 21/SVV/0470
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
1. Lesung

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) bringt anhand einer Präsentation die Vorlage ein und informiert, dass die LHP gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU) von November 2018 bis Dezember 2020 das STEK-G 2030

erarbeitet habe. Inhalt des STEK-G 2030 ist die Evaluation des alten STEK-G aus dem Jahr 2010 mit Betrachtung der bisherigen Gewerbeflächenstrategie und –entwicklung sowie eine Prognose der potenziellen und möglichen wirtschaftlichen Entwicklung bis 2030. Auch wenn die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht vollständig erkennbar sind und anhalten werden, kann auf eine sehr erfolgreiche Dekade zurückgeblickt werden. Die tatsächliche Gewerbeflächeninanspruchnahme und die Beschäftigtenentwicklung lagen über den Prognosen aus dem Jahr 2010.

Als besonders erfolgreich hat sich das Gewerbeflächensicherungskonzept erwiesen, mit welchem Potenzialflächen (P20-Flächen) für die Gewerbeentwicklung planerisch gesichert wurden.

Da der LHP auch für die kommende Dekade ein Beschäftigungszuwachs und damit Gewerbeflächenzusatzbedarf prognostiziert wird, soll durch Beschluss der SVV die Verwaltung beauftragt werden, das STEK-Gewerbe 2030 als Grundlage für die weitere Gewerbeflächenstrategie anzuwenden und das Gewerbeflächenpotenzial für die kommenden Jahre (P30) zu identifizieren und im Rahmen der Gewerbeflächensicherung zu schützen.

Bis 2030 werden der LHP ca. 14.500 zusätzliche Sozialversicherungsbeschäftigte und ca. 51 ha (Netto-)Gewerbeflächenbedarf prognostiziert.

Auf einzelne Rückfragen zu Gewerbeflächen und Bedarfsermittlung gehen Herr Frerichs und Herr Rubelt ein.

Die abschließende Lesung der Vorlage 21/SVV/0470 ist nach Vorlage der Voten aus den Ortsbeiräten für die Sitzung am 25.05.2021 vorgesehen.

zu 5 Informationen zu Planverfahren

zu 5.1 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm), 1. Änderung, Teilbereich Am Marie-Curie-Ring und Flächennutzungsplan-Änderung "Nördlich In der Feldmark" (10/17), Votum zur Auslegung Vorlage: SBWL 21/02 Fachbereich Stadtplanung

Die Vorlage wird anhand einer Präsentation durch Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) eingebracht.

Mit der Änderung soll der zwischenzeitlich formulierte Bedarf der Universität Potsdam nach Erweiterungsflächen für die Hochschulnutzung Rechnung getragen werden. Die zunehmende Nachfrage am Standort Golm steht im Zusammenhang mit diversen Standortverschiebungen.

Da die vorgesehene Nutzung als Hochschulstandort von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 129 „Nördlich In der Feldmark“ abweicht, soll zur städtebaulichen Ordnung und planungsrechtlichen Sicherung der Flächen für die Erweiterung der Universität Potsdam am Standort Golm im Änderungsverfahren im entsprechenden Teilbereich ein Sondergebiet „Hochschule“ festgesetzt

werden. Es sind neben den Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 129 keine nennenswerten Entwicklungspotenziale in Golm mehr vorhanden. Da eine Nutzung durch die Universität zudem nicht aus den Darstellungen des aktuell rechtsgültigen Flächennutzungsplanes entwickelt werden kann, soll dieser ebenfalls geändert werden. Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren für den Bereich „Nördlich In der Feldmark“ (20/17).

Die Möglichkeiten und denkbaren Inhalte des Abschlusses eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB zwischen der Grundstückseigentümerin und der Landeshauptstadt Potsdam werden gegenwärtig sondiert. Es ist vorgesehen, einen städtebaulichen Vertrag zu schließen, zu dessen Zustimmung eine andere Beschlussvorlage erstellt wird.

Frau Reimers informiert, dass sich die Ortsvorsteherin Frau Krause entschuldigen lässt und mitteilt, dass sich der Ortsbeirat in seiner Sitzung am 20.05.2021 nochmal zu dieser Vorlage verständigen wird.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, das Ergebnis aus dem Ortsbeirat abzuwarten und die Vorlage erneut am 25.05.21 auf die Tagesordnung des SBWL-Ausschusses zu nehmen.

Herr Jäkel unterstützt das Vorgehen und bittet den Ausschuss 2 Tage vorher über das Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

Der SBWL-Ausschuss erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

keine

zu 7 Informationen/Verständigung zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern

Herr Pfrogner dankt der Verwaltung für die Übermittlung der Ausarbeitung: Verfahren bei Befreiungen von Festsetzungen in Bebauungsplänen. Er wird das Papier intensiv lesen und behält sich vor, gegebenenfalls später Rückfragen zu stellen.

zu 7.3 Festlegung des Sitzungsortes (Digital)

Herr Seefeldt hatte gebeten, nochmals im Ausschuss zu besprechen, ob es sinnvoll ist, weiterhin Präsenzsitzungen oder die Sitzungen künftig per Videokonferenz durchzuführen.

Nach kurzer Verständigung bleibt der Ausschuss bei der seiner Auffassung, weiterhin in Präsenz zu tagen.

zu 8 Sonstiges

Frau Reimers bittet künftig in den Niederschriften zusätzlich jeweils die Uhrzeit der Abstimmung festzuhalten.

Dazu erfolgt kein Widerspruch.

Herr Dr. Niekisch erkundigt sich nach der Umsetzung des Beschlusses: Nutzung der Fläche gegenüber der Haltestelle "Campus Jungfersee" - 20/SVV/0998. Herr Rubelt antwortet, dass die Mitteilungsvorlage gegenwärtig für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet wird.

Dr. Wieland Niekisch
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift